

(A) **Bärbel Höhn**, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wie Sie den Aussagen von mir und Ihrem Kollegen Uhlenberg entnehmen konnten, ist es bisher nicht zu dieser bundeseinheitlichen Regelung gekommen. Denn es gibt Länder, die anders verfahren. Herr Uhlenberg hat eben auch bestimmte Länder aufgelistet. Ich muss aber sagen: Die Mehrheit der Länder verfährt so wie Nordrhein-Westfalen. Insofern hält sich die Wettbewerbsverzerrung an diesem Punkt in Grenzen. Es gibt sozusagen eine Begünstigung für wenige bestimmte Länder. Die Mehrheit verfährt so wie wir - zumindest in Deutschland.

In der Tat haben wir in Deutschland auch dadurch einen anderen Stand, dass wir die Tiere auch zwischen 24 und 30 Monaten testen - auch amtlich. Das ist ein Unterschied zu anderen EU-Ländern.

Wenn ich von den Wettbewerbsverzerrungen zwischen den verschiedenen EU-Ländern spreche, muss ich auch sagen: Es gibt in anderen EU-Ländern erhebliche Auflagen in bestimmten Bereichen, die die Landwirte hier nicht erfüllen müssen. Es wird also nie zu einem einheitlichen Wettbewerbssystem kommen, obwohl es den Rahmen von der EU gibt. Und das ist auch gut so.

(B) Wir gehen deshalb den Weg, dass wir insbesondere Mittel für die neue Agrarpolitik zur Verfügung stellen. Das machen wir hier in Nordrhein-Westfalen schon seit einigen Jahren. Immerhin stehen den Landwirten in Nordrhein-Westfalen auch für diese neue Agrarpolitik im Verhältnis zu 1999 80 Millionen DM mehr zur Verfügung. Das ist erheblich mehr als das, was - zumindest relativ gesehen - andere Länder jetzt auch an zusätzlichen Mitteln beigesteuert haben.

Das heißt, die Unterstützung, die wir hier leisten, findet auf einem anderen Gebiet statt. Sie findet in Richtung Veränderung hin zu einer neuen Agrarpolitik statt. Das betrifft übrigens im Wesentlichen gerade die konventionellen und nicht - wie immer gesagt wird - die ökologischen Betriebe. Insofern steht den Bauern hier in Nordrhein-Westfalen in diesen Bereichen erheblich mehr Geld zur Verfügung als in den letzten Jahren.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Er hat eine konkrete Frage gestellt!)

- Die habe ich auch konkret beantwortet.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Becker, bitte. (C)

Felix Becker (FDP): Frau Ministerin, im Bereich der Humanmedizin verfügen wir auch in Nordrhein-Westfalen über ein Netz privater Labors, die zum Teil sehr sensible und lebenswichtige Laboruntersuchungen vornehmen. Warum glauben Sie, dass diese Akzeptanz im Bereich der Humanmedizin hinsichtlich der BSE-Tests nicht auch privatwirtschaftlich organisiert werden kann?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin, bitte.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich habe eben deutlich gemacht, dass unser Handeln auf den gesetzlichen Grundlagen des Bundes und des Landes beruht. 13 andere Bundesländer verfahren genauso wie wir.

Und Herr Becker, Sie wissen vielleicht selber noch, dass wir anfangs erhebliche Probleme mit den BSE-Tests hatten - nicht in staatlichen, sondern in privaten Labors. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass wir diverse Fälle hatten, in denen BSE-Schnelltests anders angeschlagen haben als die Überprüfung im nationalen Referenzlabor. Insofern ist hier offensichtlich zumindest in den ersten Monaten auch immer noch ein Qualitätsunterschied zwischen staatlichen und privaten Labors festgestellt worden. (D)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Weitere Fragen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Fragestunde.

Ich komme zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) **II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1400

erste Lesung - Einbringung

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2001 bis 2005

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 13/1401

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

(B) Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1402

erste Lesung - Einbringung

Zur Einbringung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung erteile ich Herrn Finanzminister Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2002 steht unter dem Leitmotiv: Erfolgreich Sparen für die Zukunft unserer Kinder.

(Lachen bei der CDU)

Wir sparen mit Augenmaß, und wir sparen konsequent, und wir sparen, um politische Schwerpunkte bedienen zu können.

Ich lege Ihnen heute einen Haushaltsentwurf für 2002 vor, der

- (C)
- ein Volumen von 48,6 Milliarden Euro oder 95,05 Milliarden DM aufweist,
 - mit einer Steigerung der bereinigten Ausgaben von 0,1 % praktisch ein Nullwachstum vorsieht,
 - Steuermindereinnahmen gegenüber unseren ursprünglichen Planungen in Milliardenhöhe zu verkraften hat,
 - trotz der verschlechterten Rahmenbedingungen die Nettoneuverschuldung um fast 205 Millionen Euro oder 400 Millionen DM absenkt und
 - die dazu notwendigen Einsparungen nicht durch den bequemen Weg von Globalpositionen vollzieht, sondern konkret über definierte Titel.

Zeigen Sie mir, meine Damen und Herren insbesondere von der Opposition, einen anderen Landeshaushalt in der Bundesrepublik Deutschland, der unter den geltenden Rahmenbedingungen dieses Profil hat!

Übrigens sind die jahresdurchschnittlichen Steigerungsraten der Landesausgaben in Betrachtung der letzten zwei Jahrzehnte - Herr Kollege Rüttgers, dies rufe ich Ihnen eingedenk eines "Express"-Interviews, das Sie heute gegeben haben, zu - die niedrigsten unter allen alten Flächenländern. Das heißt: Das, was Sie dort verbreiten, ist eine typische Falschmeldung. Offenbar sind Sie ein Falschmelder, bevor Sie überhaupt dazu kommen, irgendetwas zu machen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich mit den Fakten des Haushalts stärker beschäftigen könnten, um solche Eindrücke nicht zu vermitteln. - Noch einmal, damit sich das auch festsetzt: Die jahresdurchschnittlichen Ausgabensteigerungen in Nordrhein-Westfalen sind in der Betrachtung der letzten zwei Jahrzehnte geringer als in allen anderen westdeutschen Flächenländern. Wenn Sie zu der Feststellung kommen, die Landesregierung hätte in den letzten Jahren das Geld mit den Händen herausgeworfen - so wörtlich Ihre Einlassung -, so ist das eine konstruierte Politikempörung, um schlicht und einfach einen Preetext zu gestalten, mehr nicht.

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Die Eckwerte des Haushalts 2002 sind das Ergebnis einer konsequenten Konsolidierungspolitik: Nullwachstum der Ausgaben, obwohl wir zwangsläufige Mehrausgaben in einigen Bereichen haben, insbesondere im Beihilfe- und im Versorgungsbereich. Nullwachstum der Ausgaben, und trotzdem setzen wir Akzente, z. B. bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere bei der Bildung.

Nach einer Absenkung der Nettokreditaufnahme in diesem Jahr um 84 Millionen Euro oder 164 Millionen DM fahren wir auch in 2002 die Neuverschuldung im Konzern Nordrhein-Westfalen zurück. Den Hinweis auf den Konzern Nordrhein-Westfalen gebe ich, damit niemand den Eindruck hat, über die neue Kreditermächtigung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes würde auf Umwegen eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme erfolgen.

Nur so kommen wir endlich dem Ziel näher, die Vorbelastung für unsere Kinder und Enkelkinder zu verringern, und nur so lassen sich politische Gestaltungsspielräume zurückgewinnen. Wir müssen der Versteinerung des Haushalts auch durch den Zinsblock entgegenwirken. Wir werden sonst die Investitionsquote nicht steigern können, die von 9,5 % auf 9,3 % sinkt - um dieses Manko offen einzugestehen.

- (B)

Die Landesregierung hält die eingeschlagene Konsolidierungslinie auch in der mittelfristigen Finanzplanung aufrecht. Wir werden das Ziel der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 30. August des vergangenen Jahres erreichen, die Neuverschuldung bis zum Ende der Legislaturperiode auf unter 2,5 Milliarden Euro, also unter 4,9 Milliarden DM zu drücken. Die in der mittelfristigen Finanzplanung aufgezeigte Verringerung der Nettoneuverschuldung erfordert allerdings in den kommenden Jahren weitere Einsparungsmaßnahmen. Ich will das gleich zu Beginn meiner Ausführungen hier feststellen.

Die haushalts- und finanzpolitische Debatte ist reich an Forderungen und Vorschlägen, die an Widersprüchen, Vordergründigkeit und teilweise auch Akrobatik nichts zu wünschen übrig lassen. Ich will versuchen, das auf fünf Feldern zu belegen.

Das Plädoyer für massive Einsparungen vereinbaren diverse politische Absender spielend mit

- (C) Mehrforderungen, die in die Milliarden gehen. Ich habe mir dazu einmal eine Auswertung der Preseschau von Mai und Juni über Forderungen der CDU im schleswig-holsteinischen Landtag vorlegen lassen und bin auf eine Mehrforderung gekommen, die olympische Dimensionen gewinnt,

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wir sind in Nordrhein-Westfalen! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

gleichzeitig natürlich immer mit dem Hinweis, die Landesregierung müsse stärker konsolidieren.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie wollen Olympia nach Kiel?)

Die Forderung nach weiteren Steuersenkungen oder die bereitwillige Verzichtleistung auf Steuereinnahmen - darauf komme ich später noch zurück - verbindet sich mit einem Klagelied über wegbrechende Landesfinanzen und zunehmend natürlich auch wegbrechende Kommunalfinanzen. Also stelle ich die Frage, ob wohl die CDU-Oberbürgermeister und -Landräte in Nordrhein-Westfalen wirklich für einen Spitzensteuersatz von 35 % sind. Oder sind diese Oberbürgermeister und diese Landräte wirklich für ein Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform? Oder sind diese CDU-Oberbürgermeister und -Landräte wirklich für den dreistufigen Tarif des Herrn Bundestagsabgeordneten Uldall und nehmen sie damit die in die Milliarden hineingehenden Steuermindereinnahmen auch für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Kauf?

- (D)

Nächstes Feld: Explodierende Erwartungen an die Bereitstellung staatlicher Leistungen, ganz egal, ob es sich um Transfers oder um Infrastruktur handelt, finden in Wochenendbeiträgen zur Senkung der Steuer- und Abgabenquote spielend ihren krönenden Abschluss. Wir sind alle hochbegabt und hochtrainiert darin, von Montag bis Freitag nichts anderes zu fordern, als dass im Schulbereich und im Universitätsbereich, im Verkehrsbereich, im Gesundheitswesen und bei der inneren Sicherheit mehr getan werden müsste, um dann auf einem Empfang am Samstag oder Sonntag die stramme Bekundung von uns zu geben, die Steuer- und Abgabenquote in der Bundesrepublik Deutschland müsse sinken. Das gehört zu der von mir apostrophierten Akrobatik.

Die Zuordnung von Zuständigkeiten auf die Ebenen der verschiedenen Gebietskörperschaften

(Minister Peer Steinbrück)

(A) verliert sich teilweise auch in diesem Hause in einem Kunterbunt, wenn es denn nur opportun gegen einen politischen Gegner gewendet werden kann. Als Beispiel rufe ich Ihnen, Herr Rüttgers, zu: Für die Schulbausanierung ist das Land originär nicht zuständig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diesen Eindruck haben Sie nach dem Motto "Diesen Bonbon klebe ich der Landesregierung schon ans Revers" zwar vielfach bemüht, aber er entspricht nicht der tatsächlichen Zuordnung von Kompetenzen und Zuständigkeiten auf die verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften. Dass das Land nun tatsächlich mit einer Schulpauschale in Höhe von 460 Millionen Euro, also über 900 Millionen DM, etwas tut, steht auf einem ganz anderen Blatt.

(Zurufe von der CDU)

Aber noch einmal: Dieser opportunistische Drehwinkel, der da hineingebracht wird, Zuständigkeiten zu verschleiern, ist ebenfalls ein Teil der von mir genannten Akrobatik.

(B) Schließlich fällt es mir schwer, von Bekenntnissen zur Senkung der Personalausgaben beeindruckt zu sein, wenn diverse Vorschläge der Opposition auf nichts anderes als auf eine Steigerung der Personalausgaben hinauslaufen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch dafür liefert die systematische Auswertung von Presseschauen hinreichende Kenntnisse.

Ich sage allen Fraktionen im Landtag: Eine schmerzlose Konsolidierung gibt es nicht. - Sie mutet mir an wie die seinerzeitige energiepolitische Wortwendung "rückholbare Endlagerung". Sie hat inzwischen Kabarettreife erreicht. Konsolidierung hat einen Preis, und der ist nicht beliebig nach dem Motto: Wie hätten Sie es denn gerne? Der politische Überbietungstrend im Werben um Wählerstimmen und das Kneifen vor jedem Gruppenwiderstand führen letztlich zum Verlust jedweder Glaubwürdigkeit

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und führen auch zur weiteren Versteinerung des Haushaltes. (C)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie gucken aber in Richtung SPD!)

- Sie bekommen meine Antworten noch, Herr Möllemann, wenn es darum geht, sich leichtfüßig mit Vorschlägen davon zu stehlen, die nie in die Nähe einer Realisierung kommen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich will zur konjunkturellen Lage einige Bemerkungen machen. Die öffentlichen Haushalte sind eingebettet in die gesamtwirtschaftliche Situation. Niemand wird bestreiten, dass wir uns eine bessere Situation als die gegenwärtige wünschen. Aber auch hier ist es notwendig, den Sinn für Proportionen und vor allem das Erinnerungsvermögen nicht zu verlieren.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute liefern sich zurzeit geradezu einen Wettbewerb darin, ihre eigenen Wachstumsprognosen für das laufende Jahr nach unten zu revidieren. Vor kurzem gingen sie noch von 2,5 % Realwachstum aus. Inzwischen sind die meisten bei 1,5 % angekommen. Die Fünf Weisen schätzen das Wachstum für 2001 auf ca. 1,4 %. (D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Die rennen den Fakten hinterher, die Sie schaffen! Das ist das Problem!)

- Wer die Fakten schafft, darauf komme ich gleich zurück, Herr ehemaliger Bundeswirtschaftsminister. Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Daran wird einmal mehr deutlich: Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Die Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten über Wachstumsraten - übrigens auch von Banken über Kursentwicklungen und von Managern über Gewinnentwicklungen - verlangen mir keinen Respekt mehr ab. Die "Börsen-Zeitung" prägte dazu den, wie ich finde, richtigen Begriff "Pappnasenprognosen". Weil das so ist, sollten wir die Prognosen auch der so genannten Experten nicht überbewerten.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Natürlich wären die ursprünglich vorausgesagten 2,5 % Wachstum sehr viel besser als die jetzt in Rede stehenden 1,4 %. Aber eines sollten wir bei dieser Diskussion und auch in einer wie selten konstruierten und geschauspielerten Empörung nicht vergessen: Selbst wenn sich die Wachstumsrate in Deutschland in diesem Jahr bei 1,4 % einpendelte, läge sie damit noch genau im Durchschnitt der 90er-Jahre.

In den rund 25 Jahren, Herr Kollege Möllemann, als die Sozialdemokraten nicht den Bundeswirtschaftsminister stellten - mit Ausnahme von zwei Wochen im Herbst 1982 -, hatten wir 37 Quartale, also zusammen mehr als neun Jahre, Null- bzw. Minuswachstum, wie man so schön sagt, in Zeiten von FDP-Bundeswirtschaftsministern. Warum führt heute etwas zur Aufregung, was für die FDP früher kein politisch zu verantwortendes Problem gewesen ist? Worin liegt diese Aufregung begründet?

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

(B) Damals muss in einer ganz merkwürdigen Verken- nung die Wirtschaft an den Bruttosozialproduk- traten schuld gewesen sein, Herr Möllemann. Heute ist es offenbar die rot-grüne Bundesregie- rung und namentlich der Bundeskanzler - dieser Titan, der nach Aussage von Herrn Merz auch noch alleine den Euro-Kurs zu vertreten hat.

Dieses Spiel, Regierungschefs und Kabinetttmit- gliedern Vorwürfe für Entwicklungen anzulasten, die außerhalb ihrer letztendlichen politischen Be- einflussbarkeit liegen, ist ziemlich unterirdisch. Ihre Einlassungen, Herr Rüttgers, zu Opel und zur BMW-Ansiedlung passen dazu. Das ist die Banali- sierung und die Verzweigung der politischen De- batte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich warte geradezu auf diesem Niveau noch auf den Vorwurf, der Ministerpräsident habe einem Hund Katzenfutter gegeben und jetzt könne der nicht mehr bellen - und das wird dann zur politi- schen Auseinandersetzung. Wir sind nicht weit davon entfernt.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Sie alle wissen, wer im Rahmen des General- Motors-Konzerns entscheidet. Sie alle wissen um die Förderpräferenzen in den neuen Ländern, in Sachsen, für BMW. Aber Sie entblöden sich gera-

dezu, dies zu einem Gegenstand zu machen, über den Zeugnisnoten in einem politischen Wettbe- werb in Nordrhein-Westfalen vergeben werden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte in diesem Stil fast nachkarten, Herr Rüttgers, was Sie als Bundesforschungsminister alles nicht zustande gebracht haben, obwohl ich nicht im Traum auf die Idee käme, dies in Ihre politische Verantwortung hineinzuschieben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Richtig wäre es schon!)

Es ist klar, meine Damen und Herren, dass wir im aktuellen Haushalt 2001 die Folgen der Konjunk- turdelle zu verarbeiten haben und vor allem erheb- liche Steuermindereinnahmen verkraften müssen. Trotzdem werden wir am Jahresende voraussicht- lich keine höhere Neuverschuldung haben als vor- gesehen. Wir werden weniger als geplant in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen. Unsere Ministerien arbeiten erfreulich sparsam, die Ist- ausgaben sind sehr viel besser als die Sollansät- ze, und wir können die Personalkosten gegenüber den Ansätzen deutlich senken. Es besteht also kein Anlass zu Hektik und Aktionismus. Aber ehr- licherweise füge ich hinzu: Risikofrei ist die Ent- wicklung nicht. Für zusätzliche Begehrlichkeiten gibt es definitiv keinen Raum.

Nun fordern viele aus der Opposition, die sich jahrelang gegen Konjunkturprogramme ausgespro- chen haben, exakt solche Programme, um die angeblich bedrohliche Abwärtsentwicklung zu stoppen. Dahinter steckt offenbar der Wunsch, Wachstum durch Staatsdoping zu erreichen. Die Erfolge sind allerdings - so hat uns die Vergan- genheit und vor allem der Blick ins Ausland, siehe Japan, gelehrt - noch zweifelhafter als im Sport. Deshalb erteile ich kreditfinanzierten Konjunktur- programmen eine Absage.

Ich wundere mich, dass einige Vertreter Ihrer Par- tei offenbar jetzt solche nettokreditfinanzierten Konjunkturprogramme für richtig halten - in einer erstaunlichen Volte gegenüber früheren ordnungs- politischen Einlassungen und einem früher eher harsch vorgetragenen Ritt gegen den in meiner Partei vertretenen Keynesianismus. Ich sage, dass die Erfolge solcher Konjunkturprogramme allen Erfahrungen nach in einer Erhöhung der Staats- verschuldung liegen, weil Keynes politisch nur

(Minister Peer Steinbrück)

(A) halb verstanden worden ist. Die feine, aber fatale Verwechslung liegt zwischen den Begriffen "deficit spending" und "deficit making". Das Letztere ist durchgängig in den letzten 30 Jahren der Fall.

Ich will auf die Einnahmeseite zu sprechen kommen. Nicht minder problematisch sind Vorschläge, die massive staatliche Einnahmeverluste in Kauf nehmen, um die Konjunktur hochzuziehen. Das Zehn-Punkte-Sofortprogramm der CDU-Vorsitzenden Merkel, das Ende Juni veröffentlicht worden ist, führt zu Einnahmeverlusten von bundesweit - halten Sie sich fest! - sage und schreibe 50 Milliarden Euro oder 100 Milliarden DM.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Irre!)

Auf Nordrhein-Westfalen entfallen davon, Herr Rüttgers, ungefähr 10 %. Wir reden also bei dem, was Ihre Parteivorsitzende vorschlägt, über Mindereinnahmen für Nordrhein-Westfalen in der Größenordnung von 5 Milliarden Euro oder 10 Milliarden DM. Für einen solchen Kurs bekommen Sie doch noch nicht einmal die Zustimmung der anderen CDU/CSU-geführten Bundesländer.

(B) Wie kommen Sie auf die Idee, dass ein solches Programm in dieser konkreten Situation jemals auch nur in die Nähe einer Umsetzung kommen könnte? Wie können Sie vor dem Hintergrund eines solchen Programms hier in der Öffentlichkeit auftreten und sich über die Kommunalfinanzen aufregen, wo Sie doch, wenn Sie dies unterstützen - und Sie unterstützen z. B. Steuermindereinnahmen -, zu einer dramatisch weiteren Verschlechterung der Kommunalfinanzen aktiv beitragen? Das können Sie nur sagen, weil Sie nicht regieren. Das ist der einzige Grund.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Noch einmal: Sie sind ein Falschmelder, bevor Sie überhaupt dazu kommen, irgendetwas falsch zu machen. Das ist die Phase, in der Sie sich bewegen.

All denjenigen, die wie Herr Rüttgers, die FDP und diverse Wirtschaftsverbände ein Vorziehen der noch ausstehenden Tarifabsenkung im Rahmen der Steuerreform propagieren, sage ich ganz nüchtern: Ein Vorziehen des Tarifs von 2003 auf 2002 und von 2005 auf 2003 würde Nordrhein-Westfalen insgesamt in diesen drei Jahren 6,2 Milliarden Euro oder 12,2 Milliarden DM weniger an Einnahmen bringen. Das gilt für Land und Kommunen.

(C) Wollen Sie das? Vertreten Sie das gegenüber der Öffentlichkeit? Vertreten Sie das auch gegenüber den Kommunalpolitikern? Oder ist das nur ein Wortgeklingel in Vorbereitung einer haushaltspolitischen Debatte in der Annahme, dass wir uns hier unter einer Käseglocke bewegen?

Auch hier kommt noch einmal die große Stunde von Herrn Rüttgers, wie die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 4. September 2001 geradezu kongenial belegt. Er wird zunächst mit dem Satz zitiert: "Die Bundesregierung muss die nächste Stufe der Steuerreform vorziehen." Dann zieht er die Nummer ab, dass das Land die Städte in die Armut treibt, und schließlich landet er in der grandiosen Feststellung, dass die Steuerreform der Bundesregierung die Städte zu teuer zu stehen komme. Offenbar ist also ein Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform der Bundesregierung doch nicht gewollt. Diese Logik muss mit Liebesentzug bestraft werden.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mich wundert, dass das Kommentatoren dieses Landes überhaupt nicht auffällt, was Sie da abziehen.

(D) Im "Handelsblatt" vom 17. August 2001 war zu lesen, dass auch die Bundesbank das von der Union und der FDP geforderte Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform - ich zitiere - "bei der erwarteten konjunkturellen Situation für nicht angebracht hält". Dem ist nichts hinzuzufügen.

Im Übrigen hat die Bundesregierung gerade einen Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Unternehmenssteuerreform vorgelegt, der noch einmal Verbesserungen insbesondere für den Mittelstand bringt. Die positiven Gesamtauswirkungen - gleichzeitig die Einnahmeverluste für den Fiskus - schätzen wir übrigens in Nordrhein-Westfalen sehr viel höher ein, als dies in dem Finanztableau des Bundesfinanzministers getan wird. Wir glauben, dass das zu Entlastungen im Sinne der Wirtschaft und des Mittelstandes von weit über 530 Millionen DM führen wird.

Sie alle kennen die entsprechenden Stichworte - insbesondere die steuerfreie Reinvestitionsrücklage -, und Sie wissen auch, dass die Anpassung der AfA-Branchentabellen ausgesetzt wird. Dies ist das Ergebnis von Gesprächen, die Ministerprä-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) sident Clement mit Bundeskanzler Schröder geführt hat. Ich bin an entsprechenden Gesprächen mit Bundesfinanzminister Eichel beteiligt gewesen.

Ich sage ganz deutlich: Über diese mit der Fortentwicklung der Unternehmenssteuerreform vorgelegten Entlastungen hinaus gibt es in Nordrhein-Westfalen keinen Spielraum für weitere Steuersenkungen in den nächsten Jahren. Alles andere wäre illusorisch, es sei denn, Sie wären dafür, dass die Einnahmeseiten von Ländern und Kommunen buchstäblich wegbrechen. Das würde aber zu einer viel größeren Scharfkantigkeit führen als die bereits beschlossenen Einsparungsvorschläge, die Sie schon auf die Palme bringen. Wir reden dann über Maßnahmen, die einen deutlich höheren Exponenten haben, und zwar in Bezug auf die Einsparmaßnahmen.

Es kann nicht häufig genug dem politischen Kurzzeitgedächtnis entgegengehalten werden: Durch die rot-grüne Steuersenkungspolitik sind die Steuerzahler bereits jetzt von 1999 bis 2001 um insgesamt 12 Milliarden Euro entlastet worden, wobei ich die Ökosteuer einrechne. Wenn ich alles bis 2005 berücksichtige, dann addiert sich die Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger, für den Mittelstand sowie für die Großunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland auf 55 Milliarden Euro. Das entspricht 110 Milliarden DM. Von derart gewaltigen Steuererleichterungen haben wir unter der christlich-liberalen Bundesregierung nur träumen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, wie häufig wir leider in der Politik Superlative benutzen, aber ich halte daran fest: Dieses Gesamtpaket ist die größte geschlossene Steuererleichterung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Widerspruch bei der CDU)

- Gucken Sie mir nicht so liebevoll in die Augen, Herr Diegel, sondern bringen Sie mir Zahlen, die anders sind.

(Helmut Diegel [CDU]: Das kann ich nicht glauben!)

Sie kennen die einzelnen Komponenten. Insbesondere ist Ihnen auch das Steuersenkungsgesetz bekannt, auf das ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen. Mit einem Satz möchte ich lediglich einer

- Legendenbildung deutlich entgegenwirken. Diese Legendenbildung lautet, der Mittelstand sei von diesem Steuersenkungsgesetz schlechter bedient worden als die großen Kapitalunternehmen. (C)

Dies ist definitiv nicht zutreffend. Das wird auch durch Wiederholungen nicht anders. Der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen wird im Rahmen dieser Steuerreform um mehr als 3 Milliarden Euro - also 5,8 Milliarden DM - entlastet. Die Bürgerinnen und Bürger werden um 4,2 Milliarden Euro - also 8,2 Milliarden DM - entlastet. Die Großunternehmen werden um 900 Millionen Euro - also 1,7 Milliarden DM - entlastet.

Noch einmal - damit es in die Köpfe hineingeht und damit wir uns nicht immer wieder in Wiederholungszwängen befinden -: Über 90 % der Personengesellschaften stehen durch die Reform in Bezug auf die Besteuerung besser da als die Kapitalgesellschaften. Ich stehe für persönliche Seminare, um das zu belegen, gerne zur Verfügung. Dies gilt zu jeder Tages- und Nachtzeit.

(Widerspruch bei der CDU - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Na, na, na!)

- Herr Möllemann, Ahnungslosigkeit ist keine Kunstform. Kommen Sie insofern langsam auf die Zahlen zurück. (D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wenn Sie Ihre Nächte so verbringen, kann nichts Vernünftiges dabei herauskommen!)

Es gibt eine weitere Vielzahl von steuerlichen Gesetzesänderungen, die den Landeshaushalt in den nächsten Jahren erheblich belasten werden. Das betrifft vor allen Dingen das Zweite Familienförderungsgesetz. Sie wissen, dass es schon 2002 bundesweit zu Entlastungen für die Familien in einer Größenordnung von 5,1 Milliarden kommt. Ich will darauf aus Zeitgründen jetzt in extenso nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen, dass dies eine Familienpolitik ist, über die die CDU immer nur geredet, sie aber nicht umgesetzt hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihnen im Übrigen auch durch das Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch und in die kleine Herberger-Kladde mit einer Zensur geschrieben worden.

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Wir haben auch über die Entlastung, die mit der neuen Entfernungspauschale verbunden ist, zu reden. Immerhin sind das 900 Millionen. Ich würde so etwas allerdings - das sage ich Ihnen sehr persönlich - nicht noch einmal machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren haben wir über das Herzstück der Rentenreform zu reden, das mit dem Einstieg in die private Förderung zu erheblichen Belastungen für die öffentlichen Haushalte führen wird. In der Endstufe der so genannten Riester-Rente werden es ungefähr 20 Milliarden DM sein, die den Rentenversicherungsbeitragszahlern, die entsprechende private Zusatzvorsorge treffen, in Form von Zulagen oder Freibeträgen überlassen werden.

Alles zusammen addiert sich dies zu Belastungen, die in dieser Größenordnung - jedenfalls in der Rückbetrachtung der vergangenen Jahre - für keinen Haushalt zu verkraften gewesen wären.

Ich will auf die Ausgabenseite zu sprechen kommen, meine Damen und Herren. Der Landeshaushalt ist strukturell geprägt durch sehr große Ausgabenblöcke, auf die das Wort der Verkarstung und der Versteinerung zutrifft. Sie haben - das muss zugegeben werden - einen wachsenden Anteil. An diesen Blöcken müssen wir im Rahmen einer Haushaltsstrukturdebatte ansetzen. Wir führen nicht nur eine Haushaltsniveaudebatte, sondern wir führen auch eine Haushaltsstrukturdebatte.

(B)

Ich will mit den Personalausgaben beginnen. Traditionell stellt der Personalhaushalt einschließlich der Versorgungsleistungen und der Beihilfen den größten Ausgabenblock im Gesamthaushalt dar. Auch in diesem Haushaltsentwurf bedeutet ein Volumen von 19,9 Milliarden Euro oder 38,9 Milliarden DM, dass dieser Anteil an den Gesamtausgaben 40,9 % ausmacht. Bezogen auf die Steuereinnahmen des Landes ergibt dies eine Personalsteuerquote von 52,8 % im Gegensatz zu 54,1 % im Vorjahr. Oder - um Ihnen eine weitere wichtige Zahl zu nennen -: Im Vergleich zum Vorjahr sind die Personalausgaben insgesamt um 2,2 % gestiegen. Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich Ihnen aber gesagt, dass der Gesamthaushalt ein Null-Wachstum hat. Daran können Sie erkennen,

dass sich dieser Haushalt - relativ gesehen - noch weiter zu den Personalausgaben verschoben hat.

(C)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das Einzige, was bei Ihnen wächst, ist die Null!)

Triebfeder für diese Steigerungsraten sind allerdings nicht oder allenfalls in geringem Ausmaß die Bezüge der aktiven Beschäftigten. Während der Anteil der Personalausgaben ohne Versorgungsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben langfristig sogar gesunken ist, steigen die Versorgungsbezüge mit fast 7 % und die Beihilfenausgaben mit über 4 % auch in diesem Haushalt überproportional an. Damit zeigt sich einmal mehr die dynamische Entwicklung der Versorgungslasten als Spätfolge der Stellenexpansion in den 70er-Jahren. Schon jetzt muss für die kommenden Haushalte eine Verschärfung dieser Entwicklung prognostiziert werden.

Mittelfristig - bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode - wird der Versorgungsaufwand bei durchschnittlichen Steigerungsraten von 7,6 % gegenüber dem Ansatz 2002 bei über 1 Milliarde Euro liegen. Anders ausgedrückt: Im Jahre 2020 wird jeder dritte Euro im Personalhaushalt durch Versorgungsausgaben aufgefressen werden.

(D)

Es macht keinen Sinn zu sagen, dass dann in diesem Hohen Hause andere als wir sitzen werden. Wir werden vielmehr jetzt dafür Sorge treffen müssen, dass es zu dieser Erschütterungsdynamik nicht kommt. Wir werden jetzt gegensteuern müssen. Dies wird eine der vordringlichsten Aufgaben schon in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr sein müssen.

Ich werde noch in diesem Monat im Rahmen eines "Stadttor-Gesprächs" mit dem Ministerpräsidenten und Experten insbesondere aus der Versicherungswirtschaft und der Bankenlandschaft dieses Problem aufgreifen. Ich erwarte in der Diskussion mit den Experten kreative Lösungsansätze und fordere auch partei- und fraktionsübergreifend dazu auf, sich aktiv an diesen wichtigen zentralen Fragen zu beteiligen.

Um politisch handlungsfähig zu bleiben, meine Damen und Herren, ist es unabdingbar erforderlich, die Personalausgaben gerade im Versor-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) gungsbereich und auch im Beihilfebereich zu begrenzen.

Bundesinnenminister Schily hat inzwischen den Entwurf eines Versorgungsreformgesetzes mit der Zielsetzung vorgelegt, die Rentenreform wirkungsgleich - der Akzent liegt auf "wirkungsgleich" - auf die Pension zu übertragen. Wir werden diese Vorschläge auf Landesebene in der Grundtendenz positiv, im Detail kritisch überprüfen; denn dabei liegt in der Tat der Akzent darauf, dass die Wirkungsgleichheit für den öffentlichen Bereich mit dem privaten Bereich eingehalten wird und es nicht zu einer Unwucht zwischen diesen beiden Sektoren kommt.

Die Landesregierung hat zur Senkung der Personalausgaben schon in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen ergriffen, die auch künftig konsequent fortgeführt werden. Ich will mit einigen Hinweisen beginnen.

(Helmut Diegel [CDU]: Haben Sie Befragungen?)

Zu den Personalstellen: Ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Schritt ist der Personalabbau. Hier sind wir auf einem guten Weg. Im Jahr 2000 haben wir 3.020 kw-Vermerke realisieren können. Im ersten Halbjahr liegen wir mit 1.400 ebenfalls sehr gut.

(B)

Auch mit dem vorliegenden Entwurf ist wiederum ein Stellenrückgang zu verzeichnen. Die Anzahl der Personalstellen des Landes reduziert sich im Jahr 2002 um 588. Dabei weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Zahl 588 um ein Stellensaldo von Stellenabsetzungen und kw-Vermerk-Realisierungen und neuen Stellen handelt; die neuen Stellen betreffen die Umsetzung des Stufenplans "Verlässliche Schule".

Als weiteres Instrument zur Beschleunigung der Realisierung von kw-Vermerken hat sich inzwischen die Personalagentur etabliert. Die Vermittlungstätigkeit kennen Sie. Ich finde es sehr erfreulich, dass es zunehmend zum Abschluss von verbindlichen Vereinbarungen mit einigen Ressorts zum beschleunigten kw-Abbau gekommen ist.

Ein Instrument ist ferner der Pilotversuch der Personalbudgetierung, an dem zurzeit sechs Ministerien teilnehmen. Bei der erstmaligen Budgetaufstellung wurde bereits eine Effizienzrendite von 1 % erzielt. Das bedeutet, dass - wenn man von

den strukturell bedingten Mehrausgaben absieht - die Ministerien von ihren Zuweisungen für das Personal automatisch 1 % abgezogen bekommen. Die Ansätze für die Personalausgaben in den Ministerialkapiteln werden mit dem Haushalt 2002 deshalb trotz der Besoldungs- und Vergütungserhöhungen nahezu konstant gehalten.

(C)

Ich möchte auf einen zweiten großen Block eingehen, und zwar den kommunalen Finanzausgleich bzw. das GFG. Rund 24 % des Landeshaushalts fließen in den kommunalen Bereich. Nach dem Personal ist das der größte Ausgabenblock; Herr Kollege Behrens wird dazu weitere Ausführungen machen. Ich will nur auf zwei oder drei Aspekte zu sprechen kommen, die in der aktuellen Diskussion auch mit Blick auf die Situation der Kommunalfinanzen eine Rolle spielen.

Die wichtige und gute Nachricht für die Kommunen lautet: Trotz aller Sparzwänge werden der Verbundsatz und die Verbundmasse nicht angetastet. Der kommunale Steuerverbund, meine Damen und Herren, steigt 2002 trotz des Vorwegabzuges im Steuerverbund um 3,4 %. Erinnern Sie sich: Beim Landeshaushalt gibt es ein Null-Wachstum. Die durch das GFG zugewiesenen Mittel steigen um 3,4 %. Wir werden die Schlüsselzuweisungen - sie sind neben den eigenen Steuereinnahmen das wichtigste Deckungsmittel für die kommunalen Verwaltungshaushalte - auch um 3 % steigern.

(D)

Eine weitere wichtige Botschaft ist, dass die Kommunen durch die Tilgungstreckung beim Fonds Deutsche Einheit merklich entlastet werden; "merklich" ist wahrscheinlich zu tief gegriffen. Bereits im Rahmen der Ende 2000 für die Jahre 2001 bis 2003 beschlossenen Tilgungstreckung werden die nordrhein-westfälischen Kommunen im Jahr 2002 mit ungefähr 50 Millionen Euro, also fast 100 Millionen DM entlastet. Mit der jetzt nicht zuletzt aufgrund der Initiative von Nordrhein-Westfalen erreichten Einigung in Berlin gibt es eine erweiterte Tilgungstreckung, die noch einmal zu weiteren Entlastungen von 54 Millionen Euro 2002, 61 Millionen 2003 und fast 170 Millionen Euro 2004 führt.

Deshalb wäre ich dankbar, wenn in allen weiteren Debatten nicht vergessen würde, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen von 2001 bis einschließlich 2004 beim Kapitaldienst des Fonds Deutsche Einheit um insgesamt 583 Millionen Euro - das sind 1,14 Milliarden DM - entlastet

(Minister Peer Steinbrück)

(A) werden. An diesen Ergebnissen hat die Landesregierung maßgeblich mitgewirkt.

Es gibt zwei weitere Nachrichten, die in der Gesamtdiskussion, wenn man etwas weniger aufgeregt ist und sich nicht allzu schnell in solchen martialischen Begrifflichkeiten vom Ausbluten und Dergleichen verliert, eine Rolle spielen sollten: Die Befürchtungen der Kommunen bezüglich weiterer Gewerbesteuerausfälle aus der Rechtsprechung zur so genannten Mehrmütterorganschaft sind unbegründet.

Der Bund ist dem Vorschlag Nordrhein-Westfalens gefolgt, im Rahmen der Fortentwicklung der Unternehmenssteuerreform gesetzlich den Rechtszustand vor Änderung der Rechtsprechung des Bundesfinanzgerichtshofs auch für die Vergangenheit wiederherzustellen. Damit werden die daraus befürchteten Steuerausfälle sowohl für die Vergangenheit rückwirkend als auch für die Zukunft für die Kommunen vermieden.

Schließlich: Die Erhöhung des Kindergeldes entlastet die Sozialetas der Kommunen - bundesweit 400 Millionen, anteilig auch die in Nordrhein-Westfalen -, da die Erhöhung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

(B) Alle diese Faktoren, meine Damen und Herren, gehören in das Gesamtbild mit Blick auf eine Erörterung der Kommunalfinzen hinzu. Wir hüpfen hier nicht nur auf einem Bein, sondern wir laufen auch in dieser Debatte auf zwei Beinen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf die Schulpauschale wird Kollege Behrens intensiver eingehen. Aus meiner Sicht ist damit insbesondere auch eine konjunkturelle Funktion mit Blick auf die Situation der nordrhein-westfälischen Bauwirtschaft verbunden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will nicht verkennen, meine Damen und Herren, dass die finanzielle Situation in einigen Gemeinden dramatisch ist

(Hört, hört! bei der FDP)

- das fällt mir doch gar nicht schwer! -, will aber auch darauf hinweisen, dass sich die Situation der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen deutlich unterscheidet und dass eine Allgemeinansprache

mit den tatsächlichen Verhältnissen nichts zu tun hat. (C)

In einigen Fällen ist die Situation dramatisch. Ich verstehe die Gemeinden sehr gut, die aktuelle Probleme bei den Gewerbesteuereinnahmen und auf der Ausgabenseite haben. Ich gehöre zusammen mit Herrn Behrens zu denjenigen, die sagen, dass die Gewerbesteuer zunehmend ausgehöhlt worden ist, dass sie von den normalen gewerblichen Betrieben gar nicht mehr gezahlt wird, dass die Kommunen damit zunehmend von großen Unternehmen abhängig sind,

(Zustimmung von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

die im Rahmen ihrer Steuervermeidungsstrategien, insbesondere der Inrechnungstellung von Verlusten anderenorts, in Nordrhein-Westfalen zu Einbrüchen von teilweise 30 % bis 40 % beitragen. Ich glaube deshalb, dass wir uns frühzeitig an einer Diskussion beteiligen müssen, die meines Erachtens zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Bundes zwingend in eine Änderung der Gemeindefinanzverfassung einmünden muss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mir ist sehr daran gelegen, dass wir dies in einem Gleichklang mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen und mit den kommunalen Spitzenverbänden machen. (D)

Mir ist vor diesem Hintergrund das Petitum der Kommunen sehr verständlich, dass sie eine kalkulierbare konstante eigene Steuerquelle brauchen. Worin die Lösung im Einzelnen liegt, wird uns allerdings noch viel Schweiß kosten, auch vor dem Hintergrund der Auslegung des Art. 28 GG.

Vor dem Hintergrund dieser Situation, die ich ausgewogen zu beschreiben versucht habe, hält es die Landesregierung für zumutbar, dass die kommunale Ebene durch zwei Maßnahmen im Haushaltsbegleitgesetz auch in die Konsolidierungslinie einbezogen wird. Sie kennen die Stichworte: Die Kommunen sollen ab 2002 einen höheren Anteil an den Kosten des Unterhaltsvorschusses tragen, und erstmals wieder seit 1986 - also durchaus nicht neu - sollen die Kommunen die Investitionskosten im Krankenhausbereich mitfinanzieren. Beides wird die Kommunen ungefähr mit 220 Millionen DM oder - abgerundet - 110 Millionen Euro belasten. Es gibt diese Einbeziehung bei der Krankenhausfinanzierung in

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) einer Vielzahl anderer westdeutscher Länder, insbesondere in Bayern. Ehrlicher Weise muss man hinzufügen, dass dort die kommunalen Beteiligungssätze sehr viel höher sind als die in Rede stehenden 20 % bei uns.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, um diese Debatte über die Kommunalfinanzen vom Kopf auf die Füße zu stellen und vielleicht auch gewisse irriige Ausflüge in manchen Pressebeiträgen zurückzuholen: Die bereinigten Gesamtausgaben des Landeshaushalts steigen insgesamt um 0,1 %. Das habe ich mehrfach gesagt. Rechnet man aus den Gesamtausgaben die Leistungen des Landes an die Kommunen heraus, so kommt man zu dem Ergebnis, dass die originären Landesausgaben sogar minus 0,5 % betragen. Dafür würde ich nach Lage der Dinge in den Wirtschaftsteilen überregionaler Zeitungen gefeiert werden.

(Lachen des Helmut Diegel [CDU])

- Oh ja, Sie glauben doch nicht, dass ich etwa uneitel bin?

(Heiterkeit - Jürgen W. Möllemann [FDP]:
Den Verdacht hat hier niemand geäußert!)

- (B) - Nur: Dass Sie mir das zurufen, Herr Möllemann, das ist ein Ding.

(Heiterkeit)

Ich will Ihnen sagen, Herr Möllemann: Dem wahren Prominenten genügt morgens ein Blick in den Spiegel.

(Beifall und Heiterkeit - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Aber wie werden Sie mit dem Schock fertig?)

- Sehr gut, ich habe eine neue Brille.

(Heiterkeit)

Zurück zum Ernst, meine Damen und Herren: Daran wird deutlich, dass wir in diesem Sparhaushalt die finanziellen Möglichkeiten des Landes im Interesse der Kommunen ausgeschöpft haben und dass jedes andere Bild eine nackte Verzeihung ist.

Die Propaganda von der Auszehrung der Kommunalfinanzen durch das Land ist ziemlich durchsichtig. Die Bilder, die von dem Ausbluten und den Plünderungsaktionen im Raume sind, habe ich schon genannt. Das sind allenfalls Beispiele

- (C) postmoderner Beliebigkeit und Maßlosigkeit in einer ziemlich flachen politischen Auseinandersetzung.

Gleichzeitig wollen Sie die Steuererleichterungen noch vorziehen, was zulasten der Kommunen ginge. Solche Wolken schaffen einige in einem einzigen Pressegespräch; ich brauche dazu wenigstens mehrere Wochen.

Um es ernsthaft auf den Punkt zu bringen: Diese Propaganda dient der Freizeichnung von CDU-Kommunalpolitikern, unpopuläre Sparmaßnahmen in ihrer ureigenen Zuständigkeit vor Ort treffen zu können. Dazu braucht man einen Punchingball in Düsseldorf: Das ist nun die Landesregierung und die Bilder, die ich beschrieben habe.

Ich will kurz auf einen weiteren Ausgabenblock eingehen, meine Damen und Herren; das ist der Länderfinanzausgleich. Sie wissen, dass wir es mit einer Neuregelung zu tun haben und dass wir dabei ein wichtiges Etappenziel erreicht und Maßstäbe gesetzt haben. Die Eckpunkte für den neuen Finanzausgleich und auch für den Solidaripakt II wurden, so wie es sich viele vorgenommen haben, noch vor der Sommerpause erreicht. Dieses Finanzausgleichsgesetz und die anderen Gesetze werden in den nächsten Wochen und Monaten angepasst. (D)

Ich will deutlich daran erinnern, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung mit Herrn Clement an der Spitze aktiv eine Lösung betrieben hat, der alle Beteiligten zustimmen konnten, die so genannte 16:0 + 1-Lösung, alle Bundesländer und der Bund.

So viel zum Einfluss der Landesregierung in Berlin!

Die Neuregelung des Finanzausgleichs hat zur Folge, dass Nordrhein-Westfalen ab 2005 jährlich um etwa 150 Millionen Euro, also um rund 300 Millionen DM, entlastet werden wird. Das sind die Gesamteffekte aus Finanzausgleich und Fonds Deutsche Einheit, den der Bund ab 2002 vollständig übernimmt, wengleich er eine Teilkompensation über die Umsatzsteuerpunkte bekommt. Der Bund hat diese Einigung zum Finanzausgleich einerseits durch einen Einigungsbeitrag in Höhe von 1,5 Milliarden Euro andererseits durch eine Liquiditätshilfe erleichtert. Letzteres bedeutet, dass er weite Teile des Kapitaldienstes übernimmt.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Zusätzlich profitiert das Land, wie ich es vorhin schon im Hinblick auf die Kommunen beschrieben habe, natürlich von der Tilgungsstreckung. Dies spielt für Nordrhein-Westfalen ebenfalls eine erhebliche Rolle. Insgesamt wird Nordrhein-Westfalen einen hohen dreistelligen Betrag einsparen: Im Jahre 2002 werden es 125 Millionen Euro sein, im Jahre 2003 140 Millionen Euro, und das wird sich im Jahre 2004 auf sage und schreibe 386 Millionen Euro, also auf fast 755 Millionen DM, steigern.

Dies ist auch das Ergebnis von Bemühungen in Berlin, mit der Neuordnung des Finanzausgleiches und des Solidarpaktes auch die Länder zu entlasten. Meine Wahrnehmung ist, das Nordrhein-Westfalen dabei maßgeblich Einfluss genommen hat.

Ich komme zum Schuldendienst, einem weiteren wichtigen Block: Trotz des großen Anteils an gebundenen Ausgaben im Haushalt halten wir an unserem finanzpolitischen Kurs fest. Wir wollen bis zum Jahre 2005 die Nettoneuverschuldung auf unter 2,5 Milliarden Euro senken. Das sind, wie in der Koalitionsvereinbarung verabredet, 5 Milliarden DM. An dieser Stelle noch einmal der Hinweis: Dies erfolgt selbstverständlich unter Einbeziehung des BLB.

(B)

In diesem Zusammenhang ist natürlich der vierte große Ausgabenblock zu nennen: die Zinsen. Im Haushalt 2002 haben wir 4,6 Milliarden Euro bzw. 9 Milliarden DM für Zinsen am Kreditmarkt veranschlagt. Das ist eine gewaltige Summe, die wir mitschleppen müssen. Sie bedeutet eine Zinsausgabenquote von 9,4 %. Dies ist trotz aller Erfolge, die wir bisher erzielt haben, zu hoch.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Lassen Sie mich dies auch mit Blick auf die vor uns stehenden Beratungen in den jeweiligen Arbeitskreisen der Fraktionen und in den Ausschüssen an einem Beispiel verdeutlichen: Würden wir die Nettokreditaufnahme des Jahres 2000 konstant fortschreiben - sie betrug damals ungefähr 3,6 Milliarden Euro - und unterstellen wir gleichzeitig einen Kapitalmarktzins von 5,5 % und ein jährliches Haushaltswachstum von 2 %, so hätten wir im Jahr 2020, also in meiner fünften Legislaturperiode als Finanzminister,

(Heiterkeit bei der SPD)

eine Zinsbelastung in Höhe von 8,2 Milliarden Euro bzw. 16,4 Milliarden DM. Dann hätte sich die Zinsbelastung also verdoppelt, wodurch die Verkarstung des Haushalts immer weiter vorangeht. (C)

Das wichtigste Instrument zur Senkung der Zinsbelastung sind sicherlich weitere Ausgabenkürzungen. Eine weitere Möglichkeit stellt ein effektiveres Schuldenmanagement dar, auf das ich einige Worte verlieren möchte. Hier hat Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr Neuland beschritten. Wir haben im März 2001 die erste international orientierte Euro-Benchmark-Anleihe begeben. Im Februar habe ich diese Anleihe an den wichtigsten Finanzplätzen Europas persönlich vorgestellt. Ergebnis dieser, wie die Banker es nennen, Roadshow war, dass die Anleihe zu 54 % im Ausland platziert werden konnte. Damit haben wir unser Ziel erreicht, die Investorenbasis deutlich zu verbreitern. Dieser Erfolg hat sich fortgesetzt: Wir konnten die Anleihe im August um 1 Milliarde Euro weiter aufstocken. Der Kapitalmarkt hat diese Liquidität sehr schnell abgerufen. Das absolute Zinsniveau befindet sich derzeit nahe am Jahrestiefstand, und die Nachfrage nach dem Papier ist weiterhin groß. Zu diesem großen Interesse trägt sicherlich bei, dass Nordrhein-Westfalen von den Ratingagenturen hervorragend bewertet wird. (D)

Diese NRW-Anleihe mit einem Volumen von nunmehr 3 Milliarden Euro ist die erste Anleihe, die nicht vom Bund begeben wird. Sie wird elektronisch handelbar sein, was ihre Attraktivität für Investoren noch einmal erhöht. Im Oktober dieses Jahres werde ich eine zweite Jumbo-Anleihe auf den asiatischen Märkten vorstellen und bei dieser Gelegenheit natürlich auch Nordrhein-Westfalen bekannt machen.

Meine Damen und Herren, im letzten Viertel meiner Ausführungen komme ich zu den politischen Schwerpunkten, auf die wir unsere Ausgaben konzentrieren. Obwohl die Gesamtausgaben nahezu gleich geblieben sind, setzen wir Schwerpunkte in zukunftsorientierten Bereichen.

Zunächst ist der Stufenplan "Verlässliche Schule" zu nennen, der hier im Landtag hinlänglich Gegenstand von Erörterungen gewesen ist. Sie wissen, dass dieser Stufenplan neben qualitativen Verbesserungen 6.100 neue Lehrerstellen umfasst. Im Jahre 2002 werden sich die Kosten für diesen Stufenplan auf 84 Millionen Euro bzw.

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) 164 Millionen DM belaufen. Sie verteilen sich im Wesentlichen auf folgende Einzelmaßnahmen: Es werden 601 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. An Gymnasien und Gesamtschulen werden 1.830 Stellen von A 12 nach A 13 angehoben. Lehrer in Mangelfächern werden finanziell besser gestellt, und Lehramtsanwärter in Mangelfächern bekommen einen Zuschlag. Diese Regelungen gelten auch für die Ersatzschulen.

Die Finanzierung dieser 84 Millionen Euro wird konkret erbracht, weshalb all Ihre diesbezüglichen Verdächtigungen, die nur schwer mit Sportsgeist zu vereinbaren gewesen sind, aus den Debatten vom März dieses Jahres heute Makulatur sind. Das haben Sie aber auch damals schon gewusst; das war eine reine Schauveranstaltung. Die Einsparungen werden bei den sächlichen Verwaltungsausgaben mit 37 Millionen Euro, bei den Einnahmen aus dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit 26 Millionen Euro und bei Programmkürzungen mit 21 Millionen Euro erbracht. Da Sie sich an Ihre seinerzeitigen Verdächtigungen heute schon gar nicht mehr erinnern, hoffe ich, dass dieses Thema jetzt erledigt ist.

- (B) Das zweite große Thema ist die Verbesserung der Ganztagsbetreuung. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist in Nordrhein-Westfalen erfüllt. Wie bereits im Vorjahr ermöglicht auch der Haushalt für 2002 die Schaffung weiterer Plätze zum Ausgleich von örtlich unterschiedlichem Bedarf. Hier zuckt mein Bein übrigens zunehmend nervös, weil wir dadurch eine weitere Steigerung von Betriebs- und Investitionskosten von Kindergartenplätzen bekommen, obwohl wir nach meiner Wahrnehmung gegen Ende dieser Legislaturperiode einen Versorgungsgrad von 104, 105 oder gar 106 % haben werden. Frau Kollegin Fischer weiß das besser als ich.

Auch im Schulbereich erfüllen wir den Ausbauplan für die Betreuungsangebote außerhalb des Unterrichts. Der Haushaltsansatz wird 2002 gegenüber 2001 um 50 % gesteigert. Das Angebot an Gruppen mit den Programmen "Schule von acht bis eins" und "ganztägige Betreuung 13 plus" in der Sekundarstufe I kann damit um 1.600 auf dann 9.420 Gruppen gesteigert werden.

Was dies für die Lebensgemeinschaften und die Familien mit Kindern mit Blick auf die Berufstätigkeit von Frauen heißt, kann man sich leicht vorstellen. Ich glaube, dass diese Kraftanstrengung

viel Schweiß wert ist, denn es geht um unsere Kinder und um ihre Ausbildung. (C)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Landesregierung verfolgt das Ziel, bis zum Jahre 2005 die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen auf 6 % und die Jugendarbeitslosigkeit praktisch auf null zu bringen. Das Ziel ist ambitioniert, zumal das Land nur einen geringen Teil der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen bestimmen kann. Aber als Finanzpolitiker sage ich: Uns bleibt keine andere Wahl, denn neben den persönlichen und auch sozialen Belastungen aus der Arbeitslosigkeit sind ihre Kosten nach wie vor Schwindel erregend. Die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in Deutschland haben 1999 den unglaublichen Betrag von 77 Milliarden Euro erreicht. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt daher auch im kommenden Jahr ein Schwerpunkt der Landesregierung.

In der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit lassen wir uns von niemandem überbieten. Seit 1998 sank die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren um 20 % auf unter 80.000. Hieran waren die Sonderprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zum einen des Landes und zum anderen der Bundesanstalt für Arbeit, in besonderer Weise beteiligt. Das Land setzt daher auch im kommenden Jahr seine besondere Kraftanstrengung fort und stellt einen Ermächtigungsrahmen von über 36 Millionen Euro zur Verfügung. (D)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Gewährleistung der Kofinanzierung europäischer Strukturfondsmittel, insbesondere mit Blick auf die aktiven Arbeitsmarktmittel, die vornehmlich der Bund und die Bundesanstalt, allein mit 3,2 Milliarden Euro, aber auch die EU und das Land zusammen finanzieren. Insgesamt haben wir es hier mit einem Programmvolumen von 2 Milliarden Euro, also knapp 4 Milliarden DM, zu tun - eine gewaltige Summe, von der wir hoffen, dass wir sie gezielt zur Absenkung der Arbeitslosigkeit einsetzen können.

Dieselben Kofinanzierungsgewährleistungen gelten im Bereich der Wirtschaftsförderung. Hier geht es darum, dass wir uns auf solche Maßnahmen konzentrieren, die einen hohen Grad an Effektivität in Bezug auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen vorweisen. Das Land wird alle Anstrengungen unternehmen, um die

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Kofinanzierung dieser europäischen so genannten Ziel-2-Mittel sicherzustellen. Dies ist mit dem Haushalt 2002 gelungen.

Nordrhein-Westfalen erhält aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung einschließlich der Übergangsförderung 823 Millionen Euro, also ungefähr 1,6 Milliarden DM. Zu den Kofinanzierungsmitteln trägt das Land immerhin 670 Millionen DM Euro bei, sodass wir mit insgesamt 3,2 Milliarden DM Investitionsmaßnahmen anstoßen können, und zwar vornehmlich im Ruhrgebiet, um dort den Strukturwandel voranzutreiben.

Deshalb füge ich hinzu, meine Damen und Herren: Bei dieser gewaltigen Summe, die fast ausschließlich ins Ruhrgebiet geht, ist es auch nicht nötig, auf fremde Töpfe zu schießen, insbesondere dann nicht, wenn man darüber in eine scharfe Verteilungsdebatte im Solidarpakt II mit den neuen Ländern kommen kann.

2006 wird es dieses Geld nach meiner Einschätzung insbesondere nach der Erweiterung der EU nicht mehr geben. Dies sage ich, damit wir uns bereits heute darauf einstellen. Ich befürchte, dass die europäischen Strukturfondsmittel dann zum letzten Mal an uns fließen werden. Das heißt: Bis dahin müssen wir so viel Geschwindigkeit aufgenommen haben, dass wir ohne diese Mittel auskommen.

- (B) Daneben behalten andere Politikfelder ihren hohen Stellenwert. Ich will darauf hinweisen, dass die Mittel für den Kulturbereich um 5,8 % steigen, die Mittel für den Sportbereich um 13,8 %, die Mittel für Angelegenheiten des Verbraucherschutzes um über 10 %, die Ausgaben für Agrar- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege um 7,6 %. Die Ausgabenansätze für Krankenhausförderung und -sanierung können gegenüber 2001 ebenfalls gesteigert werden, wenn auch nur leicht. Aber - was fast noch wichtiger ist -: Die Verpflichtungsermächtigungen werden um 50 % erhöht.

Diese Schwerpunkte bei den Ausgaben haben wir gesetzt, ohne unseren Konsolidierungspfad zu verlassen. Dazu waren gewaltige Sparanstrengungen nötig. Für manche politischen Kommentatoren waren sie nicht einmal ausreichend, für andere schon wieder zu viel. Man bewegt sich da wie in einem Schraubstock.

Diese Schwerpunkte bei den Ausgaben haben wir gesetzt, ohne unseren Konsolidierungspfad zu verlassen. Dazu waren gewaltige Sparanstrengungen nötig. Für manche politischen Kommentatoren waren sie nicht einmal ausreichend, für andere schon wieder zu viel. Man bewegt sich da wie in einem Schraubstock.

- (C) Wir haben Programme in einem Volumen von 30 Millionen Euro völlig gestrichen und weitere Programme um 158 Millionen Euro gekürzt. Betroffen sind insgesamt hundert Programme. Nach der bisherigen Debatte hat man den Eindruck, als ginge es nur um drei oder vier. Betroffen sind aber hundert Programme! Die Einsparungen für den Haushalt 2002 aus diesen beiden Maßnahmen belaufen sich auf insgesamt 188 Millionen Euro bzw. 370 Millionen DM. In den nächsten vier Jahren führen diese Maßnahmen zu einer Entlastung von insgesamt 800 Millionen Euro bzw. 1,6 Milliarden DM. Das ist eine wichtige Entwicklung, um wieder Spielräume für politische Prioritätensetzung auch und gerade in der Akzentsetzung durch das Parlament zu gewinnen.

- (D) Wir haben außerdem ein Haushaltsbegleitgesetz vorgelegt, mit dem in gesetzliche Leistungen eingegriffen wird und durch das zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Einsparungen im Kernhaushalt vorgenommen werden. Ich weiß, wie konfliktträchtig das ist. Keine Frage! Hierzu zählen das Unterhaltsvorschussgesetz, das Krankenhausfinanzierungsgesetz, auch die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV - wie ich absichtsvoll hinzufüge: nicht verbunden mit einer direkten Belastung für die Kommunen, weil Landesmittel durch Bundesmittel substituiert werden - und die Graduiertenförderung. Insgesamt erzielen wir mit diesem Haushaltsbegleitgesetz Einsparungen von 140 Millionen Euro bzw. rund 275 Millionen DM, mittelfristig von fast 600 Millionen Euro bzw. 1,2 Milliarden DM.

Alle von mir erwähnten Einsparungsmaßnahmen erbringen bis 2005 Einsparungen von 1,4 Milliarden Euro bzw. 2,8 Milliarden DM.

Ich weiß, dass Einschnitte in dieser Größenordnung wehtun. Die Kritik ist nicht überraschend. Trotzdem sage ich: Diese Kritik sollte die Verhältnismäßigkeit im Gefüge des Gesamthaushalts und seine Bedingungen nicht aus dem Auge verlieren. Verletzte Gruppeninteressen soll man würdigen, aber nicht absolut setzen. Praktikable Alternativvorschläge muss man dann machen, wenn man die Landesregierung überzeugen will, an der einen oder anderen Stelle andere Akzente zu setzen. Sie müssen nur durch entsprechende Einsparungen getragen werden; sonst würde die Grundorientierung des von uns vorgelegten Haushaltsplanentwurfes verletzt.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Jede Priorität, die im Haushalt abgebildet werden soll, jede Subvention, die nicht zeitlich limitiert und degressiv gestaltet werden soll, verlangt die konkrete Definition von Nachrangigkeit. Darin sind wir nicht trainiert. Die Beinarbeit kann deutlich verbessert werden.

Wir brauchen natürlich über diese Haushaltsniveau-debatte auch Strukturmaßnahmen. Deshalb wird sich das Kabinett schon in den nächsten Wochen auf diesen Weg machen und eine ganze Reihe von Strukturfragen erörtern.

Erstens. Uns wird dabei die konzeptionelle Umstellung von Förderprogrammen und der Förderpolitik auf Darlehen, Garantiestellungen und Fonds beschäftigen.

Zweitens. Einsparungen sollen sich nicht nur auf die klassischen Förderhaushalte beschränken; auch die Personalhaushalte sollen in die Prüfung einbezogen werden.

Drittens. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Förderprogramme des Landes sowie Gesetze und Verordnungen auf ihre Wirkungen in den Kommunen überprüfen. Wir wollen auch die Förderkonditionen überprüfen, die - so sagen mir viele Kommunalpolitiker - an der einen oder anderen Stelle zu einer Fehlleitung von Mitteln führen. Wir wollen erneut Ausstattungsstandards und andere Auflagen hinterfragen, die - so wird mir aus dem kommunalen Bereich übermittelt - an der ein oder anderen Stelle deutlich kostensteigernd wirken.

(B) Viertens wollen wir konkrete Möglichkeiten ausloten, privates Kapital stärker zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur nach Nordrhein-Westfalen zu lenken. Der Ministerpräsident und ich werden dazu im Oktober eine große Konferenz - auch unter Heranziehung von Experten aus England und den Niederlanden - eröffnen.

Schließlich wollen wir stärker als bisher an den wirtschaftlichen Erfolgen der von uns geförderten Unternehmen partizipieren, z. B. in Gestalt von Beteiligungen. Das wirft zwar eine ganze Reihe von rechtlichen Fragen auf, aber keiner von uns sieht richtig ein, dass wir mit Investitionszuschüssen dazu beitragen, dass Unternehmen eines Tages hoffentlich saftige Renditen schreiben, das Land jedoch davon nichts hat.

Dies sind nur einige wenige Beispiele. Ich könnte hinzufügen, ich hätte auch gerne eine größere

(C) Verbindlichkeit der mittelfristigen Finanzplanung verankert, um deutlich zu machen, dass wir über Haushaltsstrukturfragen zu reden haben.

Meine Damen und Herren, die Opposition sieht den Landeshaushalt einmal mehr auf dem Weg in die Finanzkatastrophe. Das ist das Bild von Herrn Diegel. Das sind die üblichen Verzeichnungen mit einem sehr alarmistischen Unterton. Alarmismus lenkt immer sehr stark von den eigentlichen, zentralen Fragen ab, Herr Diegel, die, wie ich aus Vier-Augen-Gesprächen weiß, uns gemeinsam beschäftigen. Insbesondere ist das Lamento, das damit angestimmt wird, nicht neu und auch nicht originell.

Deshalb rufe ich der Opposition zu - nächste Woche können Sie das ja umgekehrt machen -: Überraschen Sie mich mit neuen Argumenten und mit fundierten kritischen Anmerkungen! Machen Sie die Debatte bunt und interessant! Denn jedes Jahr das gleiche Wechselspiel von Vorwürfen und Gegenvorwürfen, wie wir uns das vorgehalten haben, ist unergiebig und, ich fürchte, für die, die uns zuhören, auch langweilig.

(Zurufe)

(D) - Seien Sie origineller als ich, dann ist doch schon etwas gewonnen.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Bei dem jetzigen Stand gehe ich davon aus, dass Herr Möllemann wieder die Abschaffung der Beihilfe für den Steinkohlenbergbau fordert. - Ich habe mir das überlegt, einfach um mich auf die Debatte einzustellen. Ich habe mich weniger mit meinen Vorbereitungen als mit der Frage beschäftigt: Wie argumentieren Herr Rüttgers und Herr Möllemann? - Herr Möllemann wird also wieder die Abschaffung der Beihilfen für den Steinkohlenbergbau fordern und damit übrigens den von der FDP mit verhandelten kohlepolitischen Kompromiss von 1997 aufkündigen. Herr Möllemann dürfte außerdem ein Bürokratie-Abbaugesetz fordern mit der Folge, dass weniger Personal gebraucht wird. So weit, so gut. Allerdings wird er verschweigen, dass dann Beamte und Angestellte des Landes betriebsbedingt entlassen werden müssen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie sind ein richtiger kleiner Seher!)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Wie jedes Jahr, werden Sie, Herr Möllemann, den Verkauf der Landesanteile an der WestLB fordern. Das werden auch einige CDU-Politiker fordern. Das geschieht nach dem Motto: Die 17. Klappe.

In Kenntnis der Grundrechenarten rufe ich Ihnen mit Blick auf die Veräußerung von Landesanteilen an der WestLB zu: Mit Geld, das ich nur einmal einnehme, kann ich keine Aufgaben auf Dauer bezahlen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie das auch für die Debatte nächste Woche schnallen, wären wir einen weiten, intellektuell fortführenden Schritt vorangegangen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Mohammed Steinbrück, der Prophet!)

Sodann höre ich dem Herrn Abgeordneten Grüll zu, aber auch Mitgliedern meiner eigenen Fraktion, die sich darüber beschweren, dass die Projektmittel für die öffentlichen Bibliotheken in Höhe von 5,4 Millionen DM nunmehr gestrichen werden sollen. Herr Rüttgers, Sie rennen dem hinterher wie der Kater dem Baldrian, wie man heute im "Express" lesen kann.

- (B) Ich erinnere daran, dass wir da über eine Summe von 2 % des Gesamtetats für alle kommunal finanzierten nordrhein-westfälischen Bibliotheken reden. Wir gemeinsam sind nicht in der Lage, im Rahmen eines solchen Maßnahmenbereiches 2 % zu sparen? Das schaffen wir nicht? Vertragen sich diese Proportionen mit den Untergangsszenarien, die dazu gemalt werden? Ist das Augenmaß? Ist das die Wahrung von Proportionen? Wenn Sie glauben, 2 % seien nicht einzusparen, warum wollen Sie dann meinen Job?

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Sie werden natürlich noch mehr Lehrer fordern, mehr Straßen, weitere Steuerreformschritte. Die Opposition wird unisono argumentieren, solche Steuerreformschritte und Entlastungsschritte bedeuteten überhaupt keine Ausfälle, da sich das alles dank einer florierenden Wirtschaft - die Fachbegriffe lauten dann Akzelerator, Multiplikator, Generator - selber finanziere. Sie beantworten nur nicht die Fragen: Wann, wo und wie viel? Ich muss aber jetzt einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und nicht irgendwann.

- (C) Herr Rüttgers fordert noch mehr Lehrer, noch einmal 2.500 mehr, als wir über den Stufenplan Bildung einstellen.

Die weiteren Forderungen der CDU lauten im Telegrammstil: mehr Polizisten, mehr Geld für die Kreispolizeibehörden, Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindergärten, im Jahr 2010 für jeden Kreis und jede Stadt mindestens eine Ganztagschule, 9,2 Milliarden DM für die NRW-Altenheime, im Laufe der nächsten zehn Jahre zusätzlich 35 Milliarden DM für den Straßenverkehr, 20 Milliarden DM für den Schienenverkehr und 3 Milliarden DM für die Wasserstraßen. Das sind die Vorstellungen der CDU. An anderer Stelle sagen Sie aber: Steinbrück, Sie müssen konsolidieren!

Herr Rüttgers, Sie werden sich natürlich auf die Seite jeder Gruppe schlagen, die von Einsparungsvorschlägen im Haushaltsentwurf der Landesregierung betroffen ist, um sich dann einen weißen Fuß zu machen, wenn es ernst und unangenehm wird. Und mit den Einsparvorschlägen wird es unangenehm!

- (D) Ich lade die Opposition ein, diese Rituale zu verlassen. Haushalts- und Finanzpolitik ist ein ernsthaftes Fach. CDU und FDP können sich an Steuerersenkungen und als Gut-Menschen berauschen, die jeden Einschnitt beliebig kritisieren können. Als Finanzminister kann ich mich nicht an Selbstfinanzierungsträumen beteiligen, nicht an einem Überbietungswettbewerb, an Gruppenbedienungen, an kleinen oder auch großen Fluchten in vage oder realitätsferne Vorschläge. Das kann sich eine Regierung buchstäblich nicht leisten - eine Opposition schon.

Ich muss einen ausgeglichenen Haushalt unter erschwerten Rahmenbedingungen vorlegen. Mit dem Haushaltsentwurf 2002 können wir dank der Kraftanstrengungen aller Ressortkolleginnen und -kollegen den eingeschlagenen Konsolidierungskurs halten und setzen gleichzeitig Schwerpunkte.

Aber lassen Sie mich bereits an dieser Stelle deutlich sagen: Es wird noch schwieriger, diesen Weg auch in den nächsten Jahren weiterzugehen. Nächstes Jahr stehen uns Entnahmen aus Rücklagen und Veräußerungserlösen nicht mehr zur Verfügung. Bevor Sie sich wieder zur Rücklagenbildung äußern und vergaloppieren, Herr Diegel, möchte ich Ihnen ein Zitat entgegenhalten:

(Minister Peer Steinbrück)

(A) "Weitsichtige Finanzminister haben Rücklagen für die Steuerreform gebildet."

Das waren Worte von Kurt Faltlhauser - Klammer auf, CSU, Klammer zu -, Bayern. Genau so hat das in Nordrhein-Westfalen stattgefunden.

Außerdem werden wir es mit einem weit überproportionalen Anstieg der Ausgaben für die Versorgungsbezüge zu tun haben; ich habe Sie auf diese Problematik hingewiesen. Selbstverständlich wollen wir den Stufenplan "Verlässliche Schule" mit der sukzessiven Lehrerneueinstellung finanzieren. Das ist das Szenario, auf das man sich einstellen muss. Aber ich bin sicher: Mit dem guten Willen aller Beteiligten und dank einer sehr konstruktiven Mitwirkung der Opposition wird es uns gelingen, das Ausgabenniveau weiter zu senken und vor allen Dingen die Haushaltsstruktur des Landeshaushaltes langfristig zu verbessern.

Wir halten an unserem Konsolidierungskurs fest. Unser Leitbild ist richtig: Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Ich erteile nunmehr Herrn Innenminister Dr. Behrens das Wort zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anders als im Vorjahr können unsere Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2002 wieder mit steigenden Zuweisungen aufgrund des GFG rechnen. Der zur Verfügung stehende Verbundbetrag weist einen Zuwachs von 2,2 % auf und beträgt damit, erstmals in Euro dargestellt, rund 7,5 Milliarden Euro.

Der für die Aufteilung auf allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen tatsächlich zur Verfügung stehende Verbundbetrag weist mit 3,4 % - Sie haben es gehört - sogar eine noch deutlich stärkere Steigerungsrate auf. Damit können die Kommunen im nächsten Haushaltsjahr insgesamt mit rund 240 Millionen Euro mehr an Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund rechnen als im Jahr 2001. Das alles geschieht, wie Kollege Steinbrück Ihnen hier dargestellt hat, bei

gleichzeitigem Nullwachstum des Landeshaushalts. Dass das ein besonderer Kraftakt ist, muss ich nicht unterstreichen. (C)

Die Städte und Gemeinden haben außerdem einen Anspruch auf Nachzahlung von knapp 185 Millionen Euro aus der Abrechnung des Steuerverbundes des Jahres 2000.

So erfreulich diese Einnahmeentwicklung ist, so ist sie ganz sicher kein Anlass zum Jubeln. Die Kommunen sind angesichts ihrer Finanzsituation - die Daten des ersten Halbjahres 2001 zeigen uns das ganz deutlich - dringend auf diese Zuweisungen angewiesen. Die kommunalen Finanzen entwickeln sich im laufenden Jahr nicht sehr positiv.

Wir wissen vor allem um das Risiko bei den Steuereinnahmen. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief im ersten Halbjahr 2001 deutlich schlechter, als es selbst die Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahr erwartet hatten. Das hat vor allem Auswirkungen auf die konjunktursensible Gewerbesteuer. Herr Kollege Steinbrück ist darauf ausführlich eingegangen. Realistisch müssen wir davon ausgehen, dass die Steuerschätzung vom November zu Korrekturen zwingen wird.

Vor diesem Hintergrund muss ich wiederholen, was ich bereits bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001 gesagt habe - ich zitiere -: (D)

"Die Einnahmen werden sich in diesem und im nächsten Jahr nicht so steigern, dass sie wesentlich zur Konsolidierung der Haushalte beitragen könnten."

Die Entwicklung der kommunalen Haushalte im Jahr 2000 zeigt, dass die Mehrzahl der Städte und Gemeinden den Ernst der Lage erkannt und die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt haben. Erneut konnte im Gesamtsaldo von Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Vermögens- und Verwaltungshaushalte mit rund 444 Millionen Euro ein Finanzierungsüberschuss erzielt werden, der deutlich über dem des Vorjahres lag. Ich spreche vom Jahr 2000.

Die Empfehlungen des Finanzplanungsrates und die Orientierungsdaten des Landes haben diesen Weg vorgezeichnet. Dass die Kommunen diesen Weg gegangen sind, stellt, so meine ich, ihr Verantwortungsbewusstsein für ihre finanzwirtschaftliche Zukunft unter Beweis. Ich füge hinzu: